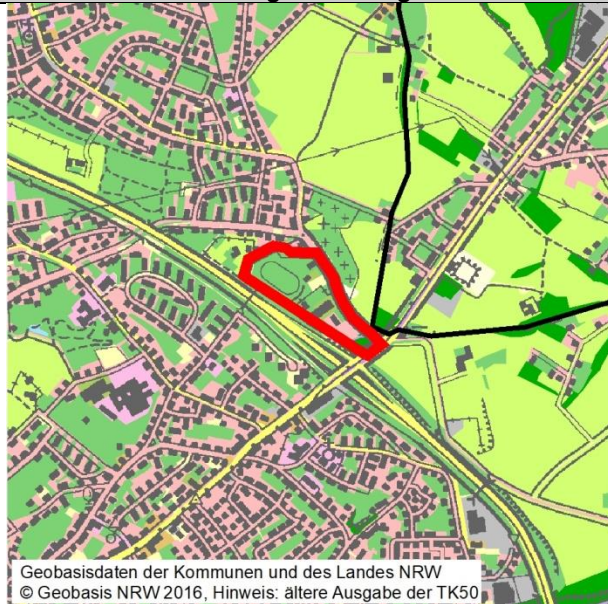

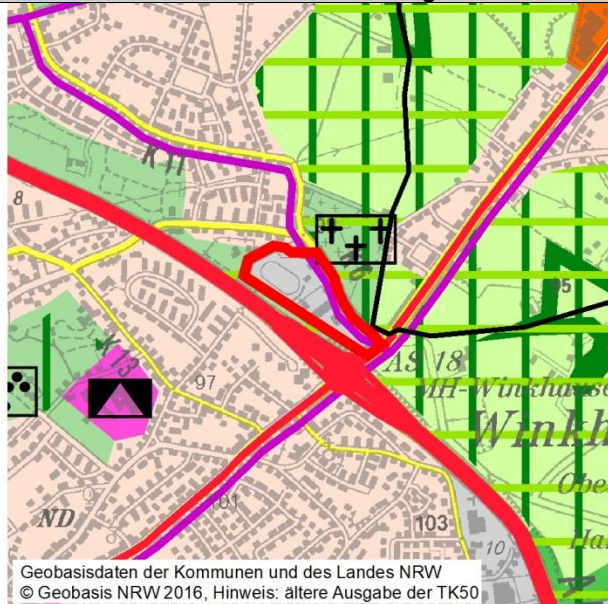


Änderung des RFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

Änderung-Nr.:		41 MH	Gemeinde:	Mülheim an der Ruhr	Lage:	Oberheidstraße		Flächengröße:	4,4 ha
Realnutzung:	Wohnbauflächen	0,5 ha	RFNP-Darstellung:	Wohnbauflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)	0,4 ha	RFNP-Änderung	Gewerbliche Bauflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)	4,4 ha	
	Spiel- und Sportanlagen	0,6 ha		Grünflächen / Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche	4,0 ha		(Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr)		
	Grünflächen	2,9 ha		Regionale Grünzüge	(4,0 ha)				
	Wald	0,2 ha		(Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr)					
	Sonstige Verkehrsflächen	0,2 ha							
Ausschnitt Realnutzungskartierung M 1 : 25.000			Ausschnitt Plankarte RFNP M 1 : 25.000			Ausschnitt Plankarte RFNP-Änderung M 1 : 25.000			
									
<small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small>			<small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small>			<small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small>			
Veranlassung, Methodik		<p>Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den RFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren sind für die Umweltprüfung die Durchführungsverordnung (DVO) zum Landesplanungsgesetz (LPIG) und entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie weiteren Umweltbelange durch die Darstellungen und Festlegungen der vorgesehenen RFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1a Abs. 3 BauGB ist in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso III etc.). Die in Anlage 1 zum BauGB unter 2 b) einschließlich der dort unter den Buchstaben aa) bis hh) aufgeführten Anforderungen werden - sofern zutreffend und für diese Planungsebene relevant - einzelfallbezogen jeweils bei den einzelnen</p>							

	<p>Schutzgütern mit abgehandelt.</p> <p>Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des RFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur RFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde ein sog. Scoping zur Abstimmung des Umfangs und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung mit den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts durchgeführt. Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfangs sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden.</p> <p>Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p>
Beschreibung des Plangebietes	<p>Der ca. 4,4 ha große Änderungsbereich im Stadtteil Dümpten grenzt im Südwesten an die Bundesautobahn (BAB) 40. Nordöstlich des Plangebietes liegt der Friedhof Dümpten sowie die Stadtgrenze zu Essen. Entgegen der Darstellung in der Realnutzungskartierung (Seite 1, Abbildung links) weist der Änderungsbereich eine bauliche Prägung auf und ist weitgehend anthropogen überformt. Er umfasst im Wesentlichen einen ehemaligen Sportplatz, auf dem sich zurzeit Flüchtlingsunterkünfte befinden, Gebäude und Spielfelder einer Tennisanlage, ein Gastronomiebetrieb, eine Straßenbahnwendeschleife sowie gliedernde Grün- und Gehölzstrukturen.</p> <p>Im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan ist der Änderungsbereich größtenteils als Grünfläche/Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der Überlagerung Regionaler Grünzug dargestellt. Im nördlichen Teil des Änderungsbereiches sind ca. 0,4 ha Wohnbaufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich (W/ASB dargestellt). Teilflächen im südöstlichen Plangebiet liegen im Geltungsbereich des Landschaftsplans. Im Landschaftsplan sind für diese Fläche keine Schutzgebiete festgesetzt.</p> <p>Der Änderungsbereich befindet sich im Geltungsbereich von 4 rechtskräftigen Bebauungsplänen (R 12 Heelwegsfeld, R 26(v) Oberheidstraße/Cafe del Sol, C 15 Neuer Friedhof Dümpten, R 13 Aktienstraße/Hansbergstraße).</p>
Beschreibung des Vorhabens	<p>Aufgrund des akuten Gewerbeflächenmangels in Mülheim an der Ruhr sollen in diesem Bereich zukünftig gewerblich nutzbare Flächen bereitgestellt werden. Unter Berücksichtigung der nördlich angrenzenden Wohnbebauung ist die Ansiedlung von nicht erheblich belästigenden Gewerbenutzungen vorgesehen. Da sich die geplante gewerbliche Nutzung nicht aus den gegenwärtigen zeichnerischen Vorgaben des Regionalen Flächennutzungsplanes entwickeln lässt, bedarf es der Änderung in Gewerbliche Baufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich (G/ASB). Hierfür soll auch die bestehende regionalplanerische Festlegung Regionaler Grünzug entsprechend zurückgenommen werden.</p>
Ziele des Umweltschutzes	<p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des RFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Zu den umweltrelevanten Zielen und Grundsätzen des am 08.02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans NRW sowie der Verordnung zur Änderung über den Landesentwicklungsplan (in Kraft getreten 06.08.2019) wird auf Teil A der Begründung zu dieser RFNP Änderung verwiesen. Die Ziele des Umweltschutzes auf Ebene der EU, des Bundes, des Landes und der Kommunen in der jeweils aktuellen Fassung haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfungen Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden. Diese sind damit Grundlage der Bewertung der Umweltauswirkungen bei den einzelnen Schutzgütern.</p>

Schutzgüter	Ist-Zustand der Umwelt Bestand	Auswirkungen der Planung Planung	Bewertung der Umwelt- auswirkungen
Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft	BSN / BSLE-Darstellungen des RFNP (Landschaftsrahmenplan): kein BSN/BSLE betroffen	keine Auswirkungen	erheblich
	Darstellungen des Landschaftsplans: Teilflächen im südöstlichen Plangebiet liegen im Geltungsbereich des Landschaftsplans; Entwicklungsziel 2: Anreicherung einer Landschaft mit naturnahen Lebensräumen und mit gliedernden und belebenden Landschaftselementen; Ziele der Landschaftsentwicklung: - Erhaltung und Pflege der Grünlandflächen und Gehölzbestände, - Gliederung und ökologische Aufwertung der Landschaft durch Gehölzpflanzungen zur Vernetzung vorhandener Lebensraumstrukturen; keine Schutzgebietsfestsetzungen	Verkleinerung des Geltungsbereichs des Landschaftsplans; Konflikt mit den Entwicklungszielen	
	Schutzstatus: kein Schutzstatus	keine Auswirkungen	
	Biotopverbund: Keine Biotopverbundfläche gem. LANUV-Kataster; Grünstrukturen unterstützen den lokalen Biotopverbund der Freiflächen entlang der BAB 40 bis Damaschkeweg sowie Verbindung zum Trittsteinbiotop Horbachtal; Südöstliches Plangebiet unterstützt Verbund zwischen Hexbachtal und den Winkhauser Bachtälern; Alte Baumreihen mit Leitfunktion für Fledermausarten	Beeinträchtigungen der lokalen Biotopverbunde zwischen Hexbachtal und Winkhauser Bachtälern sowie zum Damaschkeweg und Horbachtal.	
	Planungsrelevante Arten: Aufgrund früherer Planungs- und Zulassungsverfahren sind auf Teilflächen Vorkommen von Breitflügelfledermaus, Kleiner Abendsegler, Rauhaufledermaus und Zwergfledermaus (Nachweise) sowie Großer Abendsegler und Mückenfledermaus (unsicher) bekannt.	Ergebnis der Artenschutzprüfung Stufe 1 ist, dass artenschutzrechtliche Konflikte nicht vollständig ausgeschlossen werden können. In der verbindlichen Bauleitplanung sind frühzeitig weitere Untersuchungen in Abhängigkeit von geplanten Nutzungen und in Anspruch genommenen Flächen erforderlich; nach jetzigem Kenntnisstand v.a. zu den Tiergruppen Fledermäuse und Vögel. Eine überschlägige Prüfung für potentiell vorkommende geschützte Arten mit ungünstigem oder schlechtem Erhaltungszustand in der biogeografischen Region ergibt, dass bei Nachweis geschützter Arten im Plangebiet eine artenschutzkonforme Konfliktlösung ggf. unter Einbeziehung von Vermeidungs- bzw. vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen möglich sein wird. Planungshinweise unter „Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich“ beachten	

	Wald: Nicht betroffen. Der in der Realnutzungskartierung dargestellte Wald wurde zwischenzeitlich im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung überplant und forstrechtlich ausgeglichen.	keine Auswirkungen	
	Ökologisches Potenzial: Hohes ökologisches Potenzial als Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten und für den Biotopverbund zwischen Hexbachtal und Winkhauser Bachtälern sowie für die Schutzgüter Boden und Wasser	Verlust des hohen ökologischen Potenzials; Beeinträchtigung von weiter entwickelbaren Biotopverbunden	
	Regionaler Grünzug im RFNP: 4,0 ha Regionaler Grünzug zwischen den Städten Essen und Mülheim	Verlust von 4,0 ha Regionaler Grünzug; Weitere Verengung des seit rund 90 Jahren (Verbandsgrünfläche) gesicherten, die Städte Essen und Mülheim gliedernden Freiraums	
	Unzerschnittene verkehrsarme Räume (LANUV 2015): nicht betroffen	keine Auswirkungen	
	Freiflächenverbund: - Kulisse Emscher Landschaftspark 2010 /2020+: - Kulisse Masterplan emscherzukunft: - Kommunalen Freiflächenverbund (Themenkarte 2 RFNP): - Kommunale Freiraumentwicklungskonzepte: Änderungsbereich liegt vollständig im Regionalen Grünzug B; Änderungsbereich ist Bestandteil der Flächenkulisse ELP 2020+; Änderungsbereich ist nicht Bestandteil des Masterplans Emscher-Zukunft; Gesamtfläche ist Bestandteil des kommunalen Freiflächenverbundes; Änderungsbereich ist gemäß Freiraumentwicklungsplan Mülheim an der Ruhr Teil einer zusammenhängenden großräumigen Landschaftseinheit bzw. größeren wohnungsnahen Freiraums	Verlust wertvoller, verbindender Freiflächen; Weitere Einengung des seit Jahrzehnten geschützten Freiraums zwischen Hexbachtal und Winkhauser Bachtälern, heute Regionaler Grünzug B Planungshinweise unter „Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich“ beachten	
	Ausgleichsflächen: Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen im Geltungsbereich des VBB „Oberheidstraße/Café del Sol - R 26(v)“, hier Festsetzungen von Gehölz- und Wiesenstrukturen (ca. 0,5 ha)	Flächige Überplanung der Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen (ca. 0,5 ha) Planungshinweise unter „Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich“ beachten	
	Landschaftsbild: Freiraum mit bedeutender städtegliedernder Funktion; Freiraum zwischen Mülheim und Essen öffnet sich östlich der Autobahn BAB 40 zu beiden Seiten der Aktienstraße auf einer Länge von rund 360 m.	Der städtegliedernde Freiraum, der gleichzeitig Bestandteil des identitätsstiftenden und seit Anfang des 20. Jhd. erhaltenen Emscher Landschaftsparks ist, wird einseitig auf rund 1/3 der erlebbaren Breite baulich überplant. Der aktuell von Sportanlagen, Wiesen und Gehölzstrukturen geprägte	

		Eingangsbereich von Dümpten wird durch Gewerbe baulich geprägt. Planungshinweise unter „Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich“ beachten	
	Erholung: Das Plangebiet weist aktuell Sportstätten auf, die teilweise in Betrieb sind, teilweise brachliegen. Im Plangebiet befinden sich Fußwege und Grünverbindungen mit Bedeutung für die Naherholung („Pantoffelgrün“).	Erholungsflächen und Erholungsflächenpotenziale werden überplant und gehen verloren. Zukünftige Bedarfe an Sport-, Spiel- und Bewegungsflächen im Stadtteil werden weiter in den Freiraum drängen. Naherholungsflächen/-wege werden beeinträchtigt. Planungshinweise unter „Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich“ beachten	
Fazit	Die Auswirkungen auf das Schutzgut durch die RFNP-Änderung sind aufgrund der Überplanung des Regionalen Grünzugs und Freiraumverbundes mit Funktionen für den Biotopverbund, als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, die Erholung (Landschaftsbild, Freiflächenverbund, Sport-/ Bewegungsfläche) sowie der Betroffenheit von Ausgleichsmaßnahmen als erheblich einzustufen. Den RFNP-Zielen 17 und 18 wird weitgehend entsprochen, wenn die im Abschnitt „Vermeidung, Verhinderung, Verringerung“ benannten Maßnahmen (Mindestanforderungen) in der verbindlichen Bauleitplanung umgesetzt werden. Die Artenschutzprüfung der Stufe 1 wurde durchgeführt, im Ergebnis können artenschutzrechtliche Konflikte nicht vollständig ausgeschlossen, aber voraussichtlich in der verbindlichen Bauleitplanung durch Vermeidungs- bzw. vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gelöst werden.		
Fläche	Größe (ha) und Art der realen Flächennutzung: Wohnbauflächen: 0,5 ha, Gemeinbedarfsfläche (brachgefallene Spiel- und Sportanlage, die zwischenzeitlich für die Flüchtlingsunterbringung genutzt wurde): 0,6 ha, Grünflächen: 2,9 ha, Wald: 0,2 ha, sonstige Verkehrsflächen: 0,2 ha	Gewerbliche Baufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB): 4,4 ha Umwandlung von Grünflächen, Spiel- und Sportanlagen zu Gewerblichen Bauflächen; Teilweise Wiedernutzung einer bereits genutzten und anthropogen überformten Spiel- und Sportanlage im Sinne der Bodenschutzklausel; Teilweise Neuinanspruchnahme von Grünflächen	erheblich
Fazit	Im Bereich der Spiel- und Sportanlage werden bereits baulich geprägte und anthropogen überformte Flächen wiedergenutzt. Aufgrund der Neubeanspruchung von planerisch gesicherten Grünflächen sind die Auswirkungen hinsichtlich des Flächenverbrauchs erheblich.		
Boden	Schutzwürdige Böden: möglicherweise im Bereich der Wendeschleife	aufgrund der der Betroffenheit schutzwürdiger Böden erheblich, Untersuchungen im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung erforderlich	erheblich
	Bodenbelastungen: Betriebsgelände einer ehemaligen Ziegelei im Bereich der Tennishalle; Hinweis auf angeschüttete Böden in weiten Bereichen	Aufgrund der ehem. Nutzung des Gebietes durch eine Ziegelei sind Auswirkungen durch belastete Böden möglich. Im nachfolgenden B-Plan-Verfahren sind vertiefende Untersuchungen zu Bodenbelastungen und evtl. daraus resultierende Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung erforderlich.	
	Sonstiges: Planänderungsfläche liegt über einem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld keine Hinweise auf Grubengasaustrittsbereiche	Aufgrund der Lage über einem Steinkohlefeld sind Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden im nachfolgenden Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.	

	Schutzwürdige Geotope: keine vorhanden	keine Auswirkungen	
Fazit	Die Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind insbesondere aufgrund der möglichen Betroffenheit schutzwürdiger Böden als erheblich einzustufen. Im Bereich der Wendeschleife sind deshalb im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung Bodenuntersuchungen im Hinblick auf schutzwürdige Böden erforderlich. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sind auch Bodenuntersuchungen im Bereich der ehem. gewerblichen Nutzung/Altablagerung aufgrund möglicher Belastungen erforderlich. Die Änderungsfläche liegt über einem Bergwerksfeld. Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden sind in der verbindlichen Bauleitplanung zu berücksichtigen.		
Wasser	Oberflächengewässer: Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer vorhanden. Angrenzend an das Plangebiet verläuft der Hexbach (Flussgebiet: Rhein NRW, Teileinzugsgebiet: Emscher). Die Gewässerstruktur im Oberlauf ist stark bis vollständig verändert (ca. 300 m verrohrt). Der ökologische Zustand ist mäßig und der chemische Zustand schlecht. Die Bewirtschaftungsziele gemäß WHG/EG-WRRL wurden noch nicht erreicht. Die Realnutzung hat keinen Einfluss auf die Gewässerbeschaffenheit.	Es sind keine Einflüsse und Auswirkungen auf das angrenzende Gewässer zu erwarten.	erheblich
	Quellgebiete: Das im südöstlichen Plangebiet vermutete Quellgebiet des Hexbachs konnte nicht bestätigt werden.	keine Auswirkungen	
	Trinkwasser- /Heilquellenschutzgebiet: Im Plangebiet und daran angrenzend sind keine Schutzgebiete festgesetzt oder vorläufig gesichert.	keine Auswirkungen	
	festgesetztes Überschwemmungsgebiet: Das Plangebiet liegt in keinem festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet.	keine Auswirkungen	
	Hochwassergefahren außerhalb von Überschwemmungsgebieten: Für das Plangebiet im Teileinzugsgebiet der Emscher wird weder eine Hochwassergefahr noch ein Hochwasserrisiko ausgewiesen.	keine Auswirkungen	
	Einflussnahme auf Grundwasserhaushalt: Die vorhandenen Grundwasserbelastungen lassen sich nicht auf die Bestandsnutzung zurückführen.	Eine zusätzliche Versiegelung hat erhebliche Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt. Versickerungsmöglichkeiten werden beeinflusst. Auf B-Plan-Ebene sind Bewirtschaftungsmaßnahmen für anfallendes Niederschlagswasser zu berücksichtigen	
	mittlerer Grundwasserflurabstand: Der mittlere Grundwasserflurabstand ist größer als 3 m.	Bei normaler Kellergeschossgründung ist nicht mit der Freilegung des Grundwassers zu rechnen, daher sind die Auswirkungen nicht erheblich.	
Fazit	Mit der RFNP-Änderung sind erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser verbunden, die vor allem auf eine zusätzliche Versiegelung der Fläche zurück zu führen sind. Darüber hinaus werden Versickerungsmöglichkeiten beeinflusst. (siehe Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung)		
Luft	Lufthygienische Belastungsschwerpunkte: Der Belastungsschwerpunkt Aktienstraße befindet sich in ca. 1,5 km Entfernung (2018: 42 µg/m³). Ab der BAB-Anschlussstelle MH-Winkhausen bis Knoten Aktienstraße /	Insbesondere der hinzukommende Einfluss der BAB 40 kann zu einer lufthygienischen Verschlechterung der derzeitigen Situation führen.	erheblich

	Mellinghofer Straße ist die Durchfahrt für Kfz > 2,8 t gesperrt.		
	Einschätzung lufthygienische Gesamtsituation: Das Mülheimer Stadtgebiet und damit auch das Plangebiet liegt im Geltungsbereich des Luftreinhalteplans Ruhrgebiet 2011, Teilplan West. Das Plangebiet liegt innerhalb der im Rahmen des Luftreinhalteplans ausgewiesenen Umweltzone. Entsprechend des im Rahmen der Aufstellung des Luftreinhalteplans durchgeführten Screenings (2009) wies der nördlich des Plangebietes liegende Abschnitt an der Mühlenstraße mit rd. 31ug/m3 für Stickstoffdioxid (NO2) und rd. 28 ug/m3 für Feinstaub (PM10), Belastungen unterhalb des gültigen EU-Grenzwertes von 40 ug/m3 im Jahresmittel für NO2 bzw. unterhalb einer als kritisch anzusehenden Belastung von 29 ug/m3 für PM10 aus. In unmittelbarer Nähe der BAB-Anschlussstelle MH-Winkhausen, wurden auf der Aktienstraße ähnliche Werte berechnet: NO2 32 µg/m³, PM10 28 µg/m³. Ab der BAB-Anschlussstelle MH-Winkhausen bis Knoten Aktienstraße / Mellinghofer Straße ist die Durchfahrt für Kfz > 2,8 t gesperrt.	Insbesondere der hinzukommende Einfluss der BAB 40 kann zu einer lufthygienischen Verschlechterung der derzeitigen Situation führen.	
	Durchlüftungsverhältnisse: Die Stadtklimaanalyse bewertet die Durchlüftungssituation aufgrund des übergeordneten Windes im Plangebiet als gut. Die vorhandenen Frei- und Grünflächen begünstigen einen Kaltluftvolumenstrom, der in Zusammenschluss mit weiteren Freiflächen für die Belüftung angrenzender Wohngebiete sorgt.	Die vorhandene Verbindung zu weiteren Freiflächen könnte gestört werden und eine Belüftung der angrenzenden Wohnsiedlungen nicht mehr gewährleistet sein.	
Fazit	Mit der RFNP-Änderung kann aufgrund der Nähe zum Belastungsschwerpunkt der Aktienstraße und der BAB 40 zukünftig eine lufthygienische Verschlechterung erwartet werden. Eine Bebauung der vorhandenen Frei- und Grünflächen würde zudem den vorhandenen Kaltluftvolumenstrom behindern und die Durchlüftung des Gebietes stark reduzieren. Deshalb werden die Auswirkungen auf das Schutzgut Luft als erheblich eingestuft.		
Klima	Last- und Ausgleichsräume: Die Änderungsfläche wird größtenteils den Ausgleichsräumen Freiland, Park- und Grünanlagen zugeordnet. Einzelne Gebäude gehören dem Lastraum der überwiegend dicht bebauten Wohn- und Mischgebiete an.	Bei Durchführung der Planung wird das Gebiet dem Lastraum der Gewerbe- und Industrieflächen zugeordnet.	erheblich
	Klimatope und deren Eigenschaften: Das Freilandklima ist gekennzeichnet durch einen ungestörten Temperatur-/Feuchteverlauf, Windoffenheit und normaler Strahlung. Es besitzt keine Quellen für Luftverunreinigungen und ist Frisch- und Kaltluftproduktionsgebiet für die Stadt. Beim Parkklima werden je nach Bewuchs die Temperatur- und Strahlungsamplituden mehr oder weniger stark gedämpft. Es handelt sich meist um bioklimatisch wertvolle „Klimaoasen“ ohne bedeutende Fernwirkung und innerstädtische Kaltluftproduzenten. Die einzelnen Gebäude werden den Klimatopen Stadtrandklima und Stadtklima zugeordnet. Eingeschränkte	Bei Durchführung der Planung ist das Gebiet dem Gewerbeklima zuzuordnen. Dieses Klimatop ist geprägt durch eine hohe Versiegelung mit starker sommerlicher Aufheizung (Hitzestress), relativer Trockenheit und Emissionen von Lärm und Schadstoffen.	

	Luftaustauschbedingungen und Wärmeinseln können auftreten.		
	Klimadynamik / Luftaustauschprozesse: Der vorhandene Kaltluftvolumenstrom hat im Änderungsbereich eine geringe Bedeutung (> 250 - 500 ³/s). Eine vorherrschende Kaltluft- und Flurwinddynamik östlich der Oberheidstraße ist bei autochthoner Wetterlage mit Geschwindigkeiten von 0,5 bis 1,0 m/s als gering einzustufen. Entlang der BAB 40 werden hohe Kalt- und Flurwinddynamiken (> 1,0 m/s) verzeichnet.	Kaltluftvolumenströme werden bei Durchführung der Planung beeinflusst.	
	Klimawandelanpassung: Einzelne Gebäude im Änderungsbereich werden bereits in der Klimaaanalyse als Wärmeinseln gekennzeichnet. Die Frei- und Grünflächen fungieren bei Starkregen als Retentionsflächen.	Bei Durchführung der Planung wird die Intensität der Wärmeinselbereiche weiterhin zunehmen.	
	Klimaschutz: Die vorhandene Grünfläche im Änderungsbereich dient der Verbesserung der Luftqualität durch Filterfunktion und CO2-Bindung.	Durch das Fehlen der Frei- und Grünflächen werden wichtige Schadstoff-Filterfunktionen und CO2-Bindungen aufgehoben. Das Vorhaben hat indirekte Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen der Stadt. Die Wirkungen werden als erheblich und langfristig eingeschätzt.	
Fazit	Die RFNP-Änderung hat auf das Schutzgut Klima durch die Änderung des bestehenden Ausgleichsraums in einen Lastraum erhebliche Auswirkungen. Die vorhandene Vernetzung zwischen den Freiräumen nördlich und südöstlich des Gebietes würde unterbrochen werden, der der Topografie folgende Kaltluftabfluss in die besiedelten Bereiche wird dadurch gestört. Eine zunehmende Versiegelung führt zur Steigerung der Intensität der bereits vorhandenen Wärmeinselbereiche.		
Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit		erheblich
	Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Der Änderungsbereich weist Sport-, Spiel- und Bewegungsflächen auf, die teilweise in Betrieb sind, teilweise brachliegen. Der Änderungsbereich wird für die Naherholung („Pantoffelgrün“) genutzt. Der Änderungsbereich liegt im Freiflächenverbund und Emscher Landschaftspark und besitzt stadtgliedernde Funktion.	Durch die Änderung gehen Sport-, Spiel- und Bewegungsflächen verloren. Das Potenzial der Flächen für moderne Freizeit- und Sportnutzungen wird aufgegeben. Die gliedernde Funktion des Raumes und das Landschaftsbild werden weiter beeinträchtigt.	
	Boden: Versiegelte Böden und Anschüttungen vorhanden	keine Auswirkungen (unter Berücksichtigung der Nutzung und der Versiegelung sind keine Gefahren abzuleiten)	
	Wasser: kein Trinkwasserschutzgebiet; kein Überschwemmungsgebiet; keine Hochwassergefahr/kein Hochwasserrisiko; keine Trinkwassernotbrunnen vorhanden	keine Auswirkungen	
	Luft: keine Hinweise auf Schadstoffbelastungen	Der Einfluss der BAB 40 sollte bei Durchführung der Planung durch ein lufthygienisches Gutachten untersucht werden, da eine erhöhte Belastungssituation bei Bebauung entstehen kann.	
	Klima: Es liegt keine bioklimatische Belastungssituation vor.	Bei Durchführung der Planung wird eine Belastungssituation durch das Klimatop „Gewerbeklima“ mit einer hohen Versiegelung und schlechten Durchlüftung geschaffen.	

	<p>Lärm: Das Plangebiet unterliegt weitestgehend dem Einfluss des von der Autobahn 40 ausgehenden Verkehrslärms. In diesem Abschnitt der BAB 40 wurde 2011/2012 ein lärmmindernder offenporiger Belag (-5dB(A)) eingebaut. Daten der Bundesverkehrszählungen weisen für die BAB 40 einen DTV von 81.500 Kfz/d (4507 2108) bzw. 83.800 Kfz/d aus (4507 2109). Im Rahmen des geltenden Bebauungsplanes R12 sind entlang der BAB 40 Flächen für den aktiven Lärmschutz (Lärmschutzwälle) festgesetzt und im Bestand vorhanden. Über deren seinerzeitige planerische Umsetzung, Höhe sowie deren tatsächlicher Schutzfunktion liegen keine Informationen vor. Neben der BAB 40 haben die östlich verlaufende Aktienstraße (L 445) und die Oberheidstraße einen Einfluss auf das Gebiet. Für die Aktienstraße nördlich der BAB 40 ist von einer Verkehrsmenge von rd. 28.000 Kfz/d auszugehen bei der deutlich geringer belasteten Oberheidstraße von rd. 6.700 Kfz/d. Die Verkehrsmenge der von der Oberheidstraße nach Westen abzweigenden Mühlenstraße ist mit rd. 2.400 Kfz/d eher gering. Grundlage dieser Verkehrsmengenabschätzung sind Knotenzählungen aus dem Jahr 2011. Nach den Ergebnissen der III-Stufe der Lärmkartierung ist zu erwarten, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 für Gewerbegebiete von 65 dB(A) tags bzw. 55 dB(A) nachts nur in der Nähe der BAB 40 überschritten werden. Die Werte für Mischgebiete von 60 dB(A) tags bzw. 50 dB(A) nachts werden für den Tag in weiten Teilen der heutigen Sportplatzfläche und nachts auf nahezu der gesamten Fläche überschritten.</p> <p>Der Einfluss des Schienenverkehrslärms des Straßenbahnbetriebs auf der Aktienstraße liegt nach den Kartierungsergebnissen im Plangebiet weitgehend unterhalb der Kartierungsgrenzen der EU-Umgebungslärmkartierung. Nur im unmittelbaren Einflussbereich der Straßenbahnwendeschleife an der Südgrenze des Plangebietes werden für den LDEN Werte von > 55 bis ≤ 60 dB(A) erreicht.</p>	<p>Verkehrslärm: Durch die geplante Änderung wird die Lärmsituation in Abhängigkeit von dem zukünftigen Verkehrsaufkommen und dessen Struktur (Lkw-Anteil) leicht verschlechtert. Ein Lärmgutachten ist im nachgeordneten B-Plan-Verfahren erforderlich.</p> <p>Gewerbelärm: Zum Schutz vor Lärmimmissionen in der bestehenden Wohnnachbarschaft ist eine Einschränkung der gewerblichen Nutzungen im Hinblick auf Lärm emittierende Betriebe vorzusehen. Unter Berücksichtigung einer Gliederung nach dem Abstandserlass 2007 in der verbindlichen Planung ist eine Verschlechterung der Lärmsituation nicht zu erwarten.</p>	
	<p>Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG:</p>		
	<p>Seveso III: Die Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand eines Seveso-III-Betriebes.</p>	<p>Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur bestehenden Wohnbebauung sowie der BAB 40 können durch Störfallbetriebe erhebliche Auswirkungen entstehen. Betriebe nach § 3 (5a) BImSchG sind in der verbindlichen Bauleitplanung auszuschließen.</p>	
	<p>Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007: Die Fläche liegt nicht im Einflussbereich von Betrieben der</p>	<p>keine Auswirkungen</p>	

	Abstandsklassen I-IV gemäß Abstandserlass 2017.		
	Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen:		
	Erschütterungen: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Licht: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Geruch: keine Hinweise	Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur bestehenden Wohnbebauung können durch geruchsemittierende Anlagen und Betriebe erhebliche Auswirkungen entstehen. Diese Anlagen sollten in der verbindlichen Bauleitplanung in gegliederten Bereichen ausgeschlossen werden.	
	Elektromagnetische Felder: In ca. 275 m Entfernung nördlich des Änderungsbereichs verläuft eine 110-kV-Freileitung.	keine Auswirkungen	
	Sonstiges: Nördlich des Änderungsbereiches verläuft eine Ferngasleitung.	keine Auswirkungen	
Fazit	Die RFNP-Änderung hat auf das Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung insgesamt erhebliche Auswirkungen. Durch die Änderung gehen Sport-, Spiel- und Bewegungsflächen für den Menschen verloren. Auch wird das Landschaftsbild beeinträchtigt. Erhöhte lufthygienische Belastungen können durch die Bebauung in Verbindung mit Einflüssen der BAB 40 entstehen. Auch wird bei Durchführung der Planung eine Belastungssituation durch das Klimatop „Gewerbeklima“ mit einer hohen Versiegelung und schlechten Durchlüftung geschaffen. Durch die geplante Änderung wird zudem die Lärmsituation leicht verschlechtert. Zu den Umweltfaktoren Boden und Wasser werden keine Auswirkungen auf den Menschen erwartet.		
Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe	Kulturgüter:		nicht erheblich
	rechtskräftig geschützte Baudenkmäler: keine	keine Auswirkungen	
	rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler: keine	keine Auswirkungen	
	rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche: keine	keine Auswirkungen	
	Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten: keine	keine Auswirkungen	
	Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur: keine	keine Auswirkungen	
	Kulturlandschaftsbereich: Der Änderungsbereich liegt außerhalb der Kulturlandschaftsbereiche gemäß „Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr“.	keine Auswirkungen	
	Sachgüter: Im nördlichen Teil des Änderungsbereiches liegen ein ehemaliger Sportplatz, auf dem sich zurzeit noch Flüchtlingsunterkünfte befinden, und ein Parkplatz. Südlich	Abriss der Flüchtlingsunterkünfte im Änderungsbereich; Tennisanlage, Gastronomiebetrieb und Straßenbahnwendeschleife bleiben unverändert erhalten	

	davon bestehen die Gebäude und Spielfelder einer Tennisanlage. Im südlichen Teil des Änderungsbereiches befinden sich ein Gastronomiebetrieb mit Parkplatz und eine Straßenbahnwendeschleife. Unmittelbar nördlich des Änderungsbereiches verläuft eine Ferngasleitung.	keine Auswirkungen	
Fazit	Insgesamt bestehen keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter. Durch den Abriss der temporär errichteten Flüchtlingsunterkünfte kommt es zum Verlust von Sachgütern.		
Natura 2000 / FFH-Prüfung	keine Natura 2000-/ FFH-Gebiete betroffen		nicht relevant
Risiken / Auswirkungen im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen	Prüfung Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand von Seveso-Betrieben Leitungstrassen gem. Rohrfernleitungsverordnung: Nördlich des Änderungsbereiches verläuft eine Ferngasleitung. Hochwassergefährdung: keine Hochwassergefährdung Erdbebengebiet: Fläche liegt außerhalb von Erdbebenzonen		nicht relevant
Fazit	Im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen sind Risiken und Auswirkungen auf den Änderungsbereich nicht relevant.		
Wechselwirkungen und kumulative Auswirkungen	Aus der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern ergeben sich keine zusätzlichen Gesichtspunkte für die Bewertung der Umweltauswirkungen. Der zurzeit in Planung befindliche 6-spurige Ausbau der BAB 40 wird voraussichtlich zu weiteren Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft, Fläche, Wasser, Luft, Klima und Erholung führen.		
Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung	Bei Nichtdurchführung der Planung blieben Grünstrukturen und Durchgrünungsgrad, Erholungsbereiche („Pantoffelgrün“), die Biotopverbundstrukturen sowie die siedlungsgliedernde Funktion erhalten bzw. könnten auf Grundlage der rechtswirksamen Darstellungen entwickelt werden.		
Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich	<ul style="list-style-type: none"> - Umfassender Erhalt der multifunktionalen Grünstrukturen - Erhalt der baurechtlich festgesetzten Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen im Änderungsbereich - Berücksichtigung artenschutzfachlicher Maßnahmen (Verbund-, Leitstrukturen) entsprechend (vertiefender) Artenschutzprüfung - Aufgrund der erwarteten lufthygienischen Verschlechterung sind im nachfolgenden B-Plan Verfahren gutachterliche Untersuchungen und daraus resultierende Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung erforderlich. <p>In der verbindlichen Bauleitplanung sind zur Erfüllung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes (Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft) zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planerische Sicherung (Erhalt) der Grünfläche mit Wiesen- und Gehölzstrukturen an der Aktienstraße einschl. Baumreihe zwischen den aktuellen Nutzungen Wendeschleife und Gastronomie - Planerische Sicherung der Leitstruktur (Altbäume, Baumreihe) entlang der Oberheidstraße - Festschreibung einer ausreichenden Durchgrünung des Gewerbegebietes, insbesondere durch Gehölzstreifen/Baumreihen entlang von Grundstücksgrenzen, Begrünung von Parkplatzflächen und Dachbegrünung <p>Die Lärmproblematik ist auf der B-Plan-Ebene durch folgende Maßnahmen lösbar: Zonierung / Gliederung der Baugebiete, aktiver und passiver Lärmschutz. Für einen zukünftigen Bebauungsplan gilt grundsätzlich der Vorrang aktiven Lärmschutzes vor passiven Schallschutz. Die bestehenden „Lärmschutzanlagen“ sind vor diesem Hintergrund zu erhalten und ggf. zu optimieren. Lärmgutachten sind in der verbindlichen Bauleitplanung</p>		

	<p>erforderlich. Zum Schutz vor Lärmimmissionen in der bestehenden Wohnnachbarschaft ist im nachfolgenden B-Plan-Verfahren eine Einschränkung der gewerblichen Nutzungen im Hinblick auf Lärm emittierende Betriebe vorzusehen.</p> <p>Zum Störfallschutz sind Betriebe nach § 3 (5a) BImSchG sind in der verbindlichen Bauleitplanung auszuschließen.</p> <p>Versickerungsmöglichkeiten sind voraussichtlich nicht oder nur kleinräumig realisierbar. Auf B-Plan-Ebene sind Bewirtschaftungsmaßnahmen für anfallendes Niederschlagswasser zu berücksichtigen. Aufgrund der ehem. Nutzung durch eine Ziegelei sind im nachfolgenden B-Plan-Verfahren Bodenuntersuchungen und evtl. daraus resultierende Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung erforderlich. Im Bereich der Wendeschleife sind Bodenuntersuchungen im Hinblick auf schutzwürdige Böden erforderlich. Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden sind im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.</p>
Alternativenprüfung	<p>Anderweitige Planungsmöglichkeiten: Die Alternative einer wohnbaulichen Entwicklung des Änderungsbereichs wäre aufgrund der unmittelbaren Nähe zur BAB 40 und der größeren Lärmsensibilität von Wohngebieten weniger günstig im Vergleich zur vorgesehenen gewerblichen Entwicklung.</p> <p>Die besondere Lagegunst des Standortes mit unmittelbarem Anschluss an die BAB 40 stellt ein wichtiges Argument für eine gewerbliche Nutzung dar (Standortfaktor). Die Lage des Änderungsbereiches am Siedlungsrand ist ideal für die Ansiedlung von wohnverträglichem Gewerbe. In zentraleren Lagen sind Konflikte zwischen Wohnnutzung und gewerblicher Nutzung häufiger zu erwarten, die bei dieser Standortwahl am Siedlungsrand in einem viel geringeren Maße in Erscheinung treten bzw. durch eine Gliederung des Gewerbegebietes reduziert werden können.</p> <p>Aufgrund der baulichen Vorprägung des Änderungsbereiches u.a. durch den ehemaligen Sportplatz und die bestehenden Flüchtlingsunterkünfte kann mit der Entwicklung von gewerblichen Bauflächen ein Beitrag zur flächensparenden Siedlungsentwicklung geleistet werden. Durch die bedarfsgerechte Bereitstellung von gewerblichen Bauflächen an diesem Standort werden wertvolle Freiraumflächen an anderer Stelle vor einer Inanspruchnahme geschont. Eine alternative Freiraumentwicklung wird vor diesem Hintergrund zugunsten der gewerblichen Entwicklung nicht weiterverfolgt.</p> <p>Standortalternativen: Vor dem Hintergrund des akuten Mangels an Wirtschaftsflächen wurden zudem Standortalternativen für die Bereitstellung von kurzfristig verfügbaren Flächen geprüft (vgl. Begründung Kapitel 3.5). Betrachtet wurden die bereits im RFNP gesicherten gewerblichen Reserveflächen: Dümptener Str. / Neustadtstr., Lilienthalstr. / Schürfeld, Burgstr. / Styrumer Damm, Wiesenstr. / Sandstr., Aktienstr. sowie Weseler Str. und darüber hinaus die Potentialflächen aus dem Entwurf des Wirtschaftsflächenkonzeptes (Stand November 2019): Blücherstraße sowie Flughafen Nord und Süd. Im Ergebnis der hat die Prüfung von Standortalternativen ergeben, dass keine geeigneteren Standortalternativen für eine kurzfristige Gewerbeansiedlung bestehen.</p>
Monitoring	<p>Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können. Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtäumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung). Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.</p>

	<p>Der zweite Baustein nutzt die Abschichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.</p> <p>Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 (3) BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten.</p> <p>Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umwelt-auswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen.</p> <p>Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumb Beobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.</p> <p>Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.</p> <p>Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.</p>
Gesamtbeurteilung Fazit	<p>Bei der Änderungsfläche handelt es sich um eine im RFNP als Grünfläche / Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellte 4,0 ha große Fläche mit überlagernder Darstellung Regionaler Grünzug sowie einer als Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) dargestellten 0,4 ha großen Fläche.</p> <p>Zukünftig soll die gesamte Fläche zu Gewerbliche Bauflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) 4,4 ha geändert werden.</p> <p>Die Auswirkungen auf die Schutzgüter durch die RFNP-Änderung werden insgesamt als erheblich eingestuft, da erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, und Mensch, Gesundheit, Bevölkerung zu erwarten sind.</p> <p>Insbesondere sind die Auswirkungen aufgrund der Überplanung des Regionalen Grünzugs und Freiraumverbundes mit Funktionen für den Biotopverbund, als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, die Erholung (Landschaftsbild, Freiflächenverbund, Sport-/Bewegungsfläche) sowie der Betroffenheit von Ausgleichsmaßnahmen als erheblich einzustufen.</p> <p>Auch eine zusätzliche Versiegelung der Fläche hat erhebliche Auswirkungen auf Grundwasser und auf das Schutzgut Fläche und führt zur Steigerung der Intensität der bereits vorhandenen Wärmeinselsektoren.</p> <p>Durch die Unterbrechung der vorhandenen Vernetzung wird der der Topografie folgende Kaltluftabfluss in die besiedelten Bereiche gestört.</p> <p>Auch wird die Bebauung der vorhandenen Frei- und Grünflächen den vorhandenen Kaltluftvolumenstrom behindern und die Durchlüftung des Gebietes stark reduzieren.</p> <p>Erhebliche Auswirkungen sind auch auf das Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung zu erwarten. Durch die Änderung gehen Sport-, Spiel- und Bewegungsflächen für den Menschen verloren, das Landschaftsbild wird beeinträchtigt und die Lärmsituation leicht verschlechtert. Die Artenschutzprüfung der Stufe 1 wurde durchgeführt, im Ergebnis können artenschutzrechtliche Konflikte nicht vollständig ausgeschlossen, aber auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung durch geeignete Vermeidungs- bzw. vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gelöst werden. Die Betroffenheit planungsrelevanter Arten ist deshalb im nachgelagerten Verfahren noch zu prüfen.</p>
Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren / Bemerkungen / Sonstiges:	keine

Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Der ca. 4,4 ha große Änderungsbereich im Stadtteil Dümpten grenzt im Südwesten an die Bundesautobahn (BAB) 40. Nordöstlich des Plangebietes liegt der Friedhof Dümpten sowie die Stadtgrenze zu Essen. Entgegen der Darstellung in der Realnutzungskartierung (Seite 1, Abbildung links) weist der Änderungsbereich eine bauliche Prägung auf und ist weitgehend anthropogen überformt. Er umfasst im Wesentlichen einen ehemaligen Sportplatz, auf dem sich zurzeit Flüchtlingsunterkünfte befinden, Gebäude und Spielfelder einer Tennisanlage, ein Gastronomiebetrieb, eine Straßenbahnwendeschleife sowie gliedernde Grün- und Gehölzstrukturen.

Aufgrund des akuten Gewerbeflächenmangels in Mülheim an der Ruhr sollen in diesem Änderungsbereich zukünftig gewerblich nutzbare Flächen bereitgestellt werden. Unter Berücksichtigung der nördlich angrenzenden Wohnbebauung ist die Ansiedlung von nicht erheblich belästigenden Gewerbenutzungen vorgesehen.

Im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan ist der Änderungsbereich größtenteils als Grünfläche/Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit der Überlagerung Regionaler Grünzug dargestellt. Im nördlichen Teil des Änderungsbereiches sind ca. 0,4 ha Wohnbaufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich (W/ASB dargestellt). Da sich die geplante gewerbliche Nutzung nicht aus den gegenwärtigen zeichnerischen Vorgaben des Regionalen Flächennutzungsplanes entwickeln lässt, bedarf es der Änderung in Gewerbliche Baufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich (G/ASB). Hierfür soll auch die bestehende regionalplanerische Festlegung Regionaler Grünzug entsprechend zurückgenommen werden.

Die Auswirkungen auf die Schutzgüter durch die RFNP-Änderung werden insgesamt als erheblich eingestuft, da erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft, Fläche, Wasser, Luft, Klima, und Mensch, Gesundheit, Bevölkerung zu erwarten sind.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft werden aufgrund der Überplanung des Regionalen Grünzugs und Freiraumverbundes mit Funktionen für den Biotopverbund, als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, den Artenschutz, die Erholung (Landschaftsbild, Freiflächenverbund, Sport-/Bewegungsfläche) sowie der Betroffenheit von Ausgleichsmaßnahmen als erheblich eingestuft. Auch die zusätzliche Versiegelung der Fläche führt zu erheblichen Auswirkungen auf Grundwasser und Fläche. Darüber hinaus werden Versickerungsmöglichkeiten beeinflusst.

Aufgrund der Nähe zum Belastungsschwerpunkt der Aktienstraße und der BAB 40 ist zukünftig auch eine lufthygienische Verschlechterung erwartet werden. Eine Bebauung der vorhandenen Frei- und Grünflächen würde zudem den vorhandenen Kaltluftvolumenstrom behindern und die Durchlüftung des Gebietes stark reduzieren.

Die geplante Änderung hat auf das Schutzgut Klima durch die Veränderung des bestehenden Ausgleichsraums in einen Lastraum erhebliche Auswirkungen. Die vorhandene Vernetzung zwischen den Freiräumen nördlich und südöstlich des Gebietes wird unterbrochen, der der Topografie folgende Kaltluftabfluss in die besiedelten Bereiche wird dadurch gestört. Eine zunehmende Versiegelung führt zur Steigerung der Intensität der bereits vorhandenen Wärmeinselsektoren.

Erhebliche Auswirkungen sind auch auf das Schutzgut Mensch, Gesundheit, Bevölkerung zu erwarten. Durch die Änderung gehen Sport-, Spiel- und Bewegungsflächen für den Menschen verloren, das Landschaftsbild wird beeinträchtigt und die Lärmsituation leicht verschlechtert.

Stand: 06.12.2021

Referenzliste der Quellen für den Umweltbericht (BauGB Anlage 1 Nr. 3 Buchstabe d)

Gesetzliche Grundlagen / Verordnungen / Erlasse / Verwaltungsvorschriften, in der jeweils geltenden Fassung:

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG)
- Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)
- Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben (Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW)
- Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)
- Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz – WHG)
- Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG)
- Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Umgebungslärmrichtlinie
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG); Sechster Teil des BImSchG (§ 47a – f)
- Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV)
- Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV)
- Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm)
- Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung)
- Gemeinsamer Runderlass „Lichtimmissionen, Messung, Beurteilung und Verminderung“ des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz –V-5 8800.4.11 – und des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr – VI.1 – 850

Sonstige Datenquellen

- Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen
 - Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen im Maßstab 1:50.000 (BK 50)
 - Digitales Informationssystem Bodenkarte, Karte der schutzwürdigen Böden (aktueller Stand)
 - Geotop-Kataster NRW
 - Karte der Erdbebenzonen

- LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW)
 - Biotopkataster (aktueller Stand)
 - Erhaltungszustand und Populationsgröße der Planungsrelevanten Arten in NRW (aktueller Stand)
 - Fachbeitrag des Naturschutzes zum RFNP, Themenkarte Freiraum- und Biotopverbund (2009)
 - Fachinformationssystem (FIS/diverse Themen) <https://www.lanuv.nrw.de/landesamt/daten-und-informationsdienste/infosysteme-und-datenbanken>
 - Belastungskarte Ruhrgebiet (2010)
 - Luftreinhalteplan Ruhrgebiet (2011), Teilplan West, Stadtgebiet Mülheim an der Ruhr (Stand 2019)
- Regionalverband Ruhr (RVR)
 - Regionale Klimafunktionskarte, RVR (RFNP Themenkarte, Dezember 2009)
 - KlimaFIS
 - Handbuch Stadtklima (2010)
 - Realnutzungskartierung (2015)
 - Atlas der Industriekultur Ruhrgebiet (2005)
 - Emscher Landschaftspark 2010/2020+ (2005 / 2014)
- LVR / LWL (Landschaftsverband Rheinland, Landschaftsverband Westfalen-Lippe)
 - Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr (2014)
- Emschergenossenschaft
 - Grundwassermodell (2012)
- Regionaler Flächennutzungsplan Städteregion Ruhr (RFNP), Mai 2010 (zuletzt geändert 23.07.2020)
- Stromnetzkarte auf Basis von OSM-Daten [Stromnetzkarte auf Basis von OSM-Daten \(flosm.de\)](https://flosm.de)
- Stadtspezifische Datengrundlagen Mülheim an der Ruhr
 - Altlastenkataster der Stadt Mülheim an der Ruhr (aktueller Stand)
 - Landschaftsplan der Stadt Mülheim an der Ruhr (2005, zuletzt geändert 2016)
 - Energetischer Stadtentwicklungsplan der Stadt Mülheim an der Ruhr (2016)
 - Stadtklimaanalyse der Stadt Mülheim an der Ruhr (2018)
 - Gewässerzustandsbericht der Stadt Mülheim an der Ruhr (2016)
 - Kartierungen zur EU-Umgebungslärmrichtlinie (III-Stufe 2016)
 - Stadtökologischer Fachbeitrag Mülheim an der Ruhr - STÖB (LANUV NRW, 2008)
 - Klimaanpassungskonzept Mülheim an der Ruhr (2020)

Gutachten

- Fachbeitrag Artenschutz vom 05.12.2019 (Büro für Landschafts- und Freiraumplanung Leser . Albert . Bielefeld GbR (Bochum)) mit Artenschutzprüfung Stufe I vom 06.12.2019
- Untersuchungen zu Anschüttungen und Versickerungen im Bereich des Cafe del Sol (Gutachten ELH Erdbaulabor Ingenieure GmbH vom 28.08.2014 und Gutachten IFB Ingenieurgesellschaft für Baudienstleistungen vom 16.09.2015)